

Sächsische Vorzeitung

Ein unterhaltendes Blatt für den Bürger und Landmann.

Amtsblatt für die kgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und Dresden-Neustadt, für die Ortshauptmannschaften Dresden, sowie für die kgl. Forstrentämter Dresden, Tharandt und Moritzburg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger Herrmann Müller in Dresden.

Inserte
werden bis Montag, Mittwoch u. Freitag Mittag angenommen und kosten: die 1. Spalte 15 Pf., die 2. Spalte 10 Pf. Unter Eingangs: 30 Pf.

Inserten-Anstalten:
Die Arnoldische Buchhandlung, Invalidenbank, Hansenstein & Bogler, Rudolf Roske, G. A. Daube & Co. in Dresden, Leipzig, Hamburg, Berlin, Frankfurt a/M. u. f. w.

Nr. 99.

Dienstag, den 23. August 1887.

49. Jahrgang.

Politische Weltchau.

Deutsches Reich. Die Agrarier verlangen eine weitere Erhöhung der Getreidezölle und zwar zu dem Zwecke, um den deutschen Markt vor den Zufuhren, welche die russischen Ernten in den wichtigsten Exportländern in Aussicht stellen, zu bewahren. Gerade in diesem Punkte aber, so schreibt die Freihandels-Korresp., weist die Rechnung der Agrarier einen Fehler auf. Man hat schon bei allen früheren Getreidezollmaassregeln die Erhöhung der Preise geführt haben, ja dass sie vielmehr zunächst geradezu von einem Rückgange der Preise an dem inländischen Markte begleitet waren. Die Wiedereinführung der Getreidezölle am 1. Januar 1880 und die Verdreifachung derselben im Jahre 1885 haben die unwiderleglichen Beweise dafür geliefert. Wohl mag man zur Charakteristik der in beiden Fällen gemachten Erfahrungen hervorheben, dass jedes Mal vor Inkrafttreten der neuen Zölle noch große Mengen ausländischen Getreides frei oder zu den alten Sätzen eingeführt worden sind, welche später die Preise auf dem durch die neuen Zölle abgesperrten Markte gedrückt haben. Aber es ist ein schwerer Irrthum, wenn man annimmt, dass man durch eine außerordentliche Verschärfung der Zollhöhe, durch eine fast plötzliche Verschließung des deutschen Marktes ähnliche Folge verhindern und eine durchgreifende Preisbesserung zu Stande bringen könne. Erstens wird es sich immer als unmöglich erweisen, ohne jede Rücksicht auf die in der Abwicklung begriffenen Getreideinfuhr-Geschäfte die deutsche Grenze urplötzlich abzusperrten; man wird immer den längst abgeschlossenen Zufuhren vom Auslande den Eintritt in das deutsche Zollgebiet zu den alten Sätzen gestatten müssen. Sodann ist aber gerade die gegenwärtige Situation, über welche die Agrarier sich beklagen, durch gar keine deutsche Zollhöhe aus der Welt zu schaffen. Die nach Qualität und Quantität vorzügliche Roggenernte Russlands z. B. ist eine Thatsache, mit welcher man ebensowohl rechnen muss, wie mit der guten Ernte Deutschlands und mit den aus den beiden letzten günstigen Jahren noch vorhandenen Beständen. Wird in einem solchen Augenblicke plöglich der Zoll erhöht, so dürfte er am Allerwenigsten die Wirkung haben, sofort entsprechend die Preise in die Höhe zu treiben; es wird vielmehr Alles, was irgend mit den Mitteln des modernen Verkehrs herangezogen werden kann, noch zu den alten Sätzen importirt werden und für den übrigen Theil der zum Exporte bereitstehenden Waaren dürfte man angesichts der eingetretenen Erschwerung der Einfuhr dem Verkäufer zunächst weitgehende Konzessionen machen. Bei einer solchen Konjunktur kann

in der That vorerst das Eintreten, was nach den Behauptungen mancher agrarischer Wortführer die deutschen Getreidezölle überhaupt zu Wege gebracht haben: eine entsprechende Herabdrückung des Preises auf dem Weltmarkte. Dieser Vorgang dürfte freilich nur vorübergehender Natur sein; auf die Dauer wird sich unter dem Einflusse aller Zölle, wie hoch man sie auch immer bemessen möge, ein solcher Preisstand auf dem Weltmarkte herausbilden, dass die Eingangszölle dem inländischen Konsumenten zur Last fallen. Aber mit dieser später zu erwartenden Wirkung ist den Agrariern gar nicht gedient; was sie erstreben, ist eine sofortige Aufbesserung der Preise. Eine solche plötzliche Steigerung der Getreidepreise kann ihnen aber eine neue Zollhöhe nicht bringen.

Anlässlich der am Donnerstag in Potsdam stattgehabten Fahnentheilung schreibt das „Militär-Wochenblatt“: Kaum zurückgekehrt von Gastein, hat Kaiser Wilhelm den neuerrichteten Truppentheilen des preussischen Heeres, dessen Vermehrung sein eigenes Werk ist, Banner verliehen. Dieselben sollen nicht nur ein Pfand des Vertrauens, welches der Vater seines Volkes in den Mutterkooch der sich unaufhörlich neugebildenden Armee gelegt hat, der Armee, welche ihre Thatskraft in drei Feldzügen bekundete. Das bedeutungsvollste Weihewort, welches den neuen Fahnen auf den Weg zu ihren Truppentheilen und in alle Ferne mitgegeben werden kann, hat Kaiser Wilhelm bereits im Voraus am ersten Tage dieses für das deutsche Heer und das deutsche Volk denkwürdigen Jahres gesprochen, indem er sagte: „Ich habe viele Veränderungen mit der Armee erlebt in ihrer äusseren Form, sowie in ihrer Truppenzahl. Ich habe die Vereinigung mit den deutschen Kontingenten sich vollziehen und die Marine entstehen sehen — es sind unter meinen Augen Generationen durch die Armee gegangen; aber innerlich, in den Herzen und in dem Empfinden der Armee giebt es keine Veränderung.“ Dieses Wort darf als der Ausdruck des höchsten Vertrauens des Königs auf die sich stets verjüngende Zuverlässigkeit und Loyalität des Heeres gelten, welches die neuen Fahnen mit der alten Treue und dem unveräußerlichen Pflichtgefühl, das ein Erbtheil seiner Geschichte und seiner von Herz zu Herzen sich fortpflanzenden Ueberlieferungen ist, in Empfang genommen hat.

Kaiser Wilhelm hat sich in Folge des plötzlichen Umschlages des Wetters eine Erkältung zugezogen, welche zeitweise eintretende rheumatische Schmerzen zur Folge hat. Neueste Nachrichten über das Befinden des deutschen Kronprinzen besagen: Es ist begründete Hoffnung auf eine gänzliche Beseitigung des Halsübels vorhanden,

wenn auch der Heilungsprozess nur sehr langsam von Statten gehen dürfte. Das beunruhigendste Symptom ist eine beständige Neigung, sich zu erkälten oder, um es genauer auszudrücken, die Neigung zu einer Kongestion der Schleimhäuten des Kehlkopfes. Diese Anfälle dürften eine Verdickung der Stimmbänder verursachen, was, wenn dem nicht vorgebeugt wird, Heiserkeit erzeugen müsste. Dem Kronprinzen wird demnach wahrscheinlich anempfohlen werden, den Herbst im Norden Italiens zuzubringen und wenn er vorher nach Berlin zurückkehrt, dürfte er genöthigt sein, sich des Gebrauches seiner Stimme vorläufig gänzlich zu enthalten.

Der dieser Tage von seinem Urlaube aus London nach Berlin zurückgekehrte Staatssekretär v. Kottensburg hat, wie russische Blätter wissen wollen, mit dem englischen Premierminister Lord Salisbury wegen Abtretung der Insel Helgoland an Deutschland unterhandelt. Diese Insel, welche ehemals Dänemark gehörte, wurde bekanntlich im Jahre 1807 von England annektirt und zwar aus dem Grunde, weil man von Helgoland aus gleichzeitig Dänemark und Norddeutschland bedrohen konnte. Jetzt, sagt man, haben sich die Verhältnisse geändert; Dänemark braucht nicht mehr in Schach gehalten zu werden, Deutschland aber bedroht seinerseits die Anderen. Dazu ist die Insel weiter nichts als ein kahler Felsen inmitten des Meeres, von welchem die Wellen alljährlich mehrere Stücke abreißen. Nach Karten aus dem 15. Jahrhundert zu urtheilen, war Helgoland damals 5 bis 6 Mal größer als heute; es hatte Städte und große Dörfer, welche alle im Wasser versunken sind. Die Gelehrten berechnen schon jetzt, binnen welcher Zeit auch der gegenwärtige Rest der Insel im Meere verschwinden wird. Wenn aber die Engländer Helgolands nicht mehr bedürfen, so ist dieses Eiland den Deutschen um so theurer, weil auch dort die deutsche Junge klingt. Deutschland hat übrigens noch einen anderen Grund, den Besitz dieser Insel zu wünschen. Sie liegt nicht weit von der Mündung des im Baue begriffenen Nordostkanals. Ein deutscher Politiker sagte unlängst: „Ohne den Besitz Helgolands kann und der neue Kanal im Kriegszeiten nichts nützen; wir müssen nothwendiger Weise und so bald als möglich Helgoland zu erwerben trachten.“

Der ehemals zwischen Deutschland und Großbritannien abgeschlossene Vertrag, betreffend die Verwaltung des evangelischen Bisthums in Jerusalem, ist nunmehr gelöst worden. Die Gründe hierfür sind darin zu suchen, dass die abhängige Stellung, in welche die deutsche Gemeinde in Jerusalem zu der anglikanischen Schwesterkirche gerathen war, den Wünschen Deutschlands nicht entsprach. Der von Preußen zu ernennende

Fenilleton.

Schatten!

Kriminal-Novelle von R. J. Anders.

(19. Fortsetzung.)

Nehmen Sie einmal jenes Messer, das dort auf dem Tische liegt und sehen Sie es genau an, dann sagen Sie uns, ob es dasselbe ist.“ Der Gerichtsdienner hatte das Messer bereits genommen und übergab es dem Zeugen. „Ja, das ist es“, rief dieser im Tone reiner Habacht. „Ich erkenne es besonders an den beiden dunklen Flecken in der Nähe des Hefes.“

„Angelagter“, wandte sich der Präsident an diesen. „Sie haben öfters stets so hartnäckig behauptet, das Messer gefunden zu haben. Sie haben sogar genau die Angaben angegeben, wo dasselbe gelegen hat. Wie verhält sich nun Ihre frühere wiederholte Aussage, der dieses Messer gegenüber, von dem doch nicht anzunehmen ist, dass er ein Interesse daran haben könnte, Sie zu verdammen?“

Der Angeklagte überlegte kurze Zeit, dann sagte er: „Ich will Alles gestehen. Als ich in D. von dem Mord hörte, fürchtete ich, dass man mich, weil ich schon einmal bestraft bin, als verdächtig verhaften könnte. Ich fuhr also noch am selben Abend, wie ich auch angegeben habe, von B. fort, um aus der Gegend zu kommen. Am anderen Vormittag traf ich einen anderen Reisenden auf der Landstraße. Derselbe sprach mich an und wir gingen eine Strecke zusammen. Er sah trotz seiner Größe und Stärke erschrocken aus und blickte mich oft

so prüfend an, dass mir förmlich unheimlich dabei wurde. Im Verlaufe des Gesprächs erzählte ich ihm, dass ich Fleischergehilfe wäre und darauf sagte er mir, er wolle mir ein Geschenk machen, das für ihn keinen Werth habe, mir aber vielleicht nützen könne. Mit diesen Worten gab er mir das Messer; auf die Frage, warum er denn ein so gutes Messer, das unter Brüdern seinen Thaler werth wäre, verschenke, antwortete er, er hätte Kinder zu Hause und da könnten die vielleicht einmal Unheil damit anrichten. Mittags trafen wir diesen Mann, den Zeugen, dem ich das Messer, als es mir unversehens unter dem Rocke hervorfiel, unter den ich es verborgen hatte, zum Kauf anbot. Ich reiste dann mit dem Andern weiter und Abends kamen wir in ein Dorf, wo wir übernachteten. Es wurde im Krug (Gasthaus) von dem Mord gesprochen, aber mein Reisegefährte schien, sobald davon die Rede war, unruhig zu werden. Nur einmal äußerte er, dass er, in der Nähe, vom Ort der That zu Hause und auch, dass er mit dem Ermordeten bekannt und befreundet war, ebenso, dass er, am Tage der That vorübergehend in D. gewesen. Wir hatten in dem Krug, wo wir übernachteten, nur ein Stroblager. Als ich, des Morgens aufwachte, war mein Reisegefährte bereits verschwunden, hatte aber auch meine Beche und mein Nachtlager bezahlt. Erst später, als die Einzelheiten des Mordes bekannt wurden, fing ich an, über das sonderbare Benehmen meines Gefährten mehr nachzudenken und ich hätte mich gern des Messers entäußert, wenn ich eine passende Gelegenheit gefunden. Ich bot es verschiedene Male zum Kauf an, wurde aber abgewiesen und behielt es schließlich, nachdem ich ruhiger

geworden war, bei mir, um es, wenn ich Arbeit erhalten zu gebrauchen.“

Das war die Aussage des Angeklagten, die am und für sich höchst unwahrscheinlich klang. Der Zeuge wurde vertheidigt und der Präsident wollte schon dem Staatsanwalt das Wort zur Antragstellung ertheilen, als dieser sich das Wort erbat und Folgendes sprach: „Mit Rücksicht auf das Ergebnis der Verhandlung stelle ich den Antrag, den in der Voruntersuchung vielfach, in diesem Audienztermin ebenfalls erwähnten Freund des Ermordeten, den Kommissionsrath Brem, als Zeugen vorzuladen. Dieser Brem ist mit dem Ermordeten zuletzt gesehen worden und ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass er dem Angeklagten das Messer geschenkt hat.“

Diese Worte riefen eine wahre Aufregung im Saale hervor, die erst gedämpft wurde, als der Präsident nach kurzer, im Flüsterton geführter Besprechung mit dem Vorsitzenden, das Wort nahm.

„Der Gerichtshof hat beschlossen, den Zeugen Brem zu vernehmen. Die Verhandlung wird bis zum 3. September vertagt.“ Die Zuhörer verließen den Saal, ebenso Geschworene und Richter. Auch der Angeklagte wurde wieder unter starker Eskorte dem Gefängnisse zugeführt.

Den Einwohnern von B. war es freigestellt, sich während zwei Tagen allen möglichen Erörterungen über die Thäterschaft hinzugeben. Darin stimmten Alle überein, dass der Angeklagte auch der Mörder sei.

Der Arbeiter, den der Oberst so plötzlich an dem engagirt und der in der ersten Zeit von seinem Kameraden nicht wohl gelitten war, wußte sich beim Herrn Barons und überhaupt im Orte schnell beliebt zu machen.